

NEIN zum Mindestlohn

Die Mindestlohn-Initiative der Linken ist brandgefährlich. Sie schadet unserem Wirtschaftsstandort, sie schadet dem Stellenwert der Berufslehre, sie schadet der bewährten Sozialpartnerschaft – und sie schadet den Solothurnerinnen und Solothurner, die wegen des kantonalen Mindestlohnes um ihren Job fürchten müssen.

Um was geht's

Die Mindestlohn-Initiative verlangt, dass im Kanton Solothurn ein Mindestlohn von mind. 23 Franken eingeführt wird. Dieser Mindestlohn soll alljährlich an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden. Als Basis gilt der Dezemberindex 2022 – das bedeutet, dass der Mindestlohn bereits bei Einführung höher als 23 Franken wäre. Der Kanton Solothurn hätte damit den höchsten Mindestlohn in der Schweiz.

Warum ist der Mindestlohn schädlich für Gesellschaft und Wirtschaft?

- **Solothurnerinnen und Solothurner verlieren ihren Job**

Die Annahme eines Mindestlohns führt zu höheren Lohnkosten für die Solothurner Unternehmen. Diese zusätzlichen Kosten stellen für KMU eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Die Unternehmen werden gezwungen sein, Arbeitsplätze abzubauen.

- **Die Zahl der Berufslernenden wird abnehmen**

Die Berufslehre sichert den Nachwuchs für unsere Solothurner Unternehmen. Der Mindestlohn würde aber gerade den Anreiz für junge Menschen, eine Ausbildung zu beginnen und durchzuziehen, erheblich verringern. Denn mit einem Mindestlohn erreichen auch ungelernete Arbeitskräfte ein ähnliches Lohnniveau. In Zeiten des Fachkräftemangels wäre das fatal.

- **Die bewährte Sozialpartnerschaft wird untergraben**

Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist eine wichtige Schweizer Errungenschaft. Sie sichert faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung. Ein staatlicher Eingriff in Form eines kantonalen Mindestlohnes untergräbt diese Partnerschaft und verunmöglicht sinnvolle, branchenspezifische Lösungen.

- **Solothurnerinnen und Solothurner greifen tiefer ins Portemonnaie**

Mit dem Mindestlohn steigen die Lohnkosten für die Unternehmen im Kanton Solothurn. Damit sie ihren Betrieb langfristig sichern können, müssen sie die steigenden Kosten an ihre Kundinnen und Kunden weitergeben. Das bedeutet letztlich, dass die Solothurnerinnen und Solothurner für ihren Lebensunterhalt tiefer ins Portemonnaie greifen müssen.

- **Es entsteht ein Bürokratiemonster**

Die Einführung und Durchsetzung eines kantonalen Mindestlohnes erfordert regelmässige und umfassende Kontrollen – das bedeutet eine erhebliche zusätzliche administrative Belastung in der Verwaltung, aber auch bei den Unternehmen.

Ich will eine wettbewerbsfähige Solothurner Wirtschaft.
Ich will keinen Stellenabbau. Sie auch?
NEIN zum Mindestlohn.

Haben Sie eine Frage Mindestlohn?
Melden Sie sich direkt bei uns: info@fdp-so.ch